

Bäume pflanzen für's gute Gewissen – Der CO₂-Ablasshandel

An gefühlt jeder Straßenecke – zumindest in Berlin – wird für das Pflanzen von Bäumen geworben, um unser Klima zu retten. Es entsteht der Eindruck, dass die Klimakrise beendet sein könnte, sobald nur genügend neue Wälder rund um den Erdball entstanden sind.

Die Idee, die hinter diesen Kampagnen steckt, ist gut und nicht neu. Bäume sind wichtige und effiziente Kohlenstoffspeicher und Wälder dienen in vielerlei Hinsicht als Energiequelle: Wo sie stehen, schützen sie den Boden vor Erosionen, sie erhalten Wasserkreisläufe aufrecht, bieten Schatten, sind Nahrungsquelle und liefern den nachwachsenden Rohstoff Holz. Doch die zunehmende Entwaldung u.a. durch (Brand-)Rodungen für die Schaffung neuer Viehweiden oder Monokulturplantagen bringt all diese Kreisläufe in ein Ungleichgewicht und mittlerweile macht sie zwischen 17 und 20 % der weltweiten menschengemachten Kohlenstoffemission aus. Da liegt es auf der Hand, dass mehr Bäume auch wieder mehr Gleichgewicht ins Klima bringen könnten.

Schon im Jahr 2005 wurde bei den UN-Klimaverhandlungen REDD ins Leben gerufen. Dieses Programm soll, wie sein Name „Reducing Emissions from Deforestation and forest Degradation“ (Minderung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) besagt, den Kohlenstoffgehalt reduzieren, der durch die zunehmende Entwaldung entsteht. Dafür werden finanzielle Anreize geschaffen, die hauptsächlich von privaten Stiftungen und den Regierungen von Industrieländern wie Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Gezahlt wird dann, wenn die i.d.R. finanzschwachen Länder des globalen Südens nachweislich die Entwaldung ihrer Landesflächen gestoppt und wieder aufgeforstet haben, damit wieder mehr Kohlenstoff gespeichert werden kann. Voraussetzung für all dies ist, dass die Reduzierung von Kohlenstoffausstößen messbar ist.

Diese „Lösung“ zieht allerdings einige Probleme nach sich. Es fängt damit an, dass in dem Programm nicht zwischen artenreichen Urwäldern und angelegten Plantagen unterschieden wird. Erstere garantieren „von Natur aus“ eine größere Biodiversität und damit Stabilität in der Erhaltung ökologischer Kreisläufe. Plantagen sind hingegen lange Zeit auf Pflege durch den Menschen angewiesen. Wird nun beispielsweise in Brasilien ein Teil des Regenwaldes abgeholzt, um auf der gerodeten Fläche Palmöl-Plantagen anzulegen, macht dies in den Kohlenstoffkompensationsberechnungen von REDD keinen Unterschied. Auch, dass hier komplette Lebensräume zerstört werden, ist irrelevant, ganz abgesehen von den zusätzlich freigesetzten Emissionen im Falle von Brandrodung.



Ölpalmenplantage – so gut wie ein Regenwald?

Die meisten Aufforstungsprojekte werden in Ländern des globalen Südens durchgeführt, also dort, wo die wenigsten Emissionen verursacht werden. Neben einer bloßen Verlagerung der CO₂-Kompensation – vom emissionsreichen Norden hin zum unter dem Klimawandel am meisten leidenden Süden – haben wir es in diesen Regionen oft mit ungeklärten Zugangs- und Nutzungsrechten von Ländereien zu tun. Es kommt u.a. zu Landraub und -Konflikten bei Kleinbäuer*innen und indigenen Gruppen, welche die Flächen für ihre Subsistenzwirtschaft benötigen. So wird die Frage des Bäume-Pflanzens für das Klima schnell zu einer Frage der Menschenrechte, der Rechte auf Wasser, Nahrung, Land usw.

Damit liegt der Schluss nahe, dass CO₂-Kompensation durch das Pflanzen von Bäumen und Programme wie REDD nur eine Zwischenlösung auf dem Weg zu einer massiven Reduktion von Kohlenstoff an der Quelle ist. Es darf nicht weiter eine Klimapolitik betrieben werden, die weitestgehend auf dem Rücken – besser gesagt auf dem Land – derjenigen ausgetragen wird, die die Folgeschäden des ständigen Wirtschaftswachstums sowieso schon am stärksten zu spüren bekommen. Eine Reduktion von klimaschädlichen Emissionen ist deshalb unabdinglich.

Von Franziska Kohlhoff